

Germanwings: Piloten streiken

Frankfurt/Main. Die Pilotenvereinigung Cockpit hat für morgen und Freitag zu neuen Streiks bei der Lufthansa-Tochter Germanwings aufgerufen. Betroffen seien alle Germanwings-Abflüge in Deutschland über die gesamten beiden Tage, teilte Cockpit gestern Abend mit. Bemühungen seitens der Piloten, den Tarifkonflikt beizulegen, seien zuletzt gescheitert. „Damit dokumentiert Lufthansa erneut den fehlenden Einigungswillen und verantwortet weitere Arbeitskämpfe“, erklärte Cockpit. Zwischen dem Lufthansa-Konzern und Cockpit schwelt seit Monaten ein Tarifkonflikt, in dem die Piloten bereits mehrfach streikten. Ein Knackpunkt ist die Altersversorgung der Piloten.

2106 HSBC-Kunden aus Deutschland

Berlin. Nach dem Steuerbetrugs-Skandal um die britische Großbank HSBC werden in Deutschland Forderungen nach einer härteren Gangart gegenüber Finanzinstituten lauter. Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) sprach sich gestern dafür aus, Banken die Lizenz zu entziehen, wenn sie das Geschäftsmodell des organisierten Steuerbetrugs nicht aufgeben. Die Schweizer Filiale der britischen Großbank HSBC soll Kunden aus aller Welt bei der Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe geholfen haben. Internen Dokumenten zufolge haben 2106 Kunden mit Deutschland-Bezug Geld von der HSBC verwaltet lassen. Von deutschen Kunden seien etwa 3,3 Milliarden Euro angelegt worden.

Sulingen trifft Berlin



Anne Ratte-Polle als ehemalige Bankräuberin „Wanja“ hält sich in ihrer Wohnung in Sulingen Enten als Haustiere. FOTO: KATHRIN KROTTENTHALER

Bremen. Nur zwei Produktionen der in Bremen und Niedersachsen tätigen Filmförderanstalt Nordmedia haben es ins Programm der Berliner Filmfestspiele ge-

schaft. Eine davon ist der Film „Wanja“, der in der Sektion „Perspektive Deutsches Kino“ läuft. Er zeichnet das Porträt einer jungen Frau, die aus dem Gefäng-

nis entlassen in Sulingen (Landkreis Diepholz) wieder Fuß zu fassen versucht. In ihrer lieblosen Wohnung hält sich Wanja ein paar Wildenten. Bericht Seite 20

Bremer Koalition streitet über Flüchtlinge

Drei Senatoren stellen Konzept für geschlossene Jugend-Unterbringung vor / Grüne tun sich schwer

Bremen will mit einer neuen Einrichtung für junge straffällige Flüchtlinge Neuland betreten. Doch welche Art von Neuland? Die rot-grüne Koalition ringt um eine gemeinsame Antwort auf diese Frage, und dabei knirscht es. Drei Senatoren haben nun Eckpunkte eines Konzepts vorgestellt, doch viele Fragen sind noch offen.

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) forderte die Möglichkeit zur geschlossenen Unterbringung für problematische Jugendliche, Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) spricht von einer „intensivpädagogischen Einrichtung Plus“. Soziales, Justiz und Inneres haben nun gemeinsam vorgestellt, was für eine Einrichtung es sein soll, die künftig fürs Erste in einen Pavillon bei der JVA Oslebshausen ziehen soll. Ein Pavillon, der bislang als Frauengefängnis dient und der von der JVA abgetrennt und zu einer Jugendhilfe-Einrichtung umgebaut werden soll.

In der neuen Einrichtung dort soll befristeter Freiheitsentzug – also das Einsperren von Jugendlichen – möglich sein, und es soll eine intensive pädagogische Betreuung durch Sozialarbeiter, Psychologen und die Drogenhilfe geben. Ein Jugendhilfe-Träger muss noch gefunden werden. Nur nach Beschluss durch ein Familiengericht könnten Jugendliche eingesperrt werden, betonen alle drei Bremer Senatoren.

Zusätzlich zu der neuen Einrichtung will Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) künftig Polizeigewahrsam anders umsetzen und mit anderen Maßnahmen kombinieren, sodass Jugendliche, die nach Straftaten auffällig werden, nicht mehr noch in derselben Nacht wieder laufen gelassen werden.

Doch an der Frage, wie Bremen mit diesen Jugendlichen umgehen will und ob man sie – und sei es befristet – einsperren darf, scheiden sich die Geister. In der Koalition knirscht es drei Monate vor der Bürgerschaftswahl kräftig. Die Grünen diskutieren heftig: Eine geschlossene Unterbringung für Jugendliche lehnen viele in der

Partei kategorisch ab, Grünen-Fraktionschef Matthias Güldner schoss zuletzt gegen den Bürgermeister und die SPD-Spitze und sorgte damit für große Verärgerung bei Böhrnsen. Dieser wandte sich gegen die Vokabel „weggesperrt“: „Ein schrecklicher Begriff.“ Um die gute Akzeptanz in der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht zu gefährden, müsse bei aller Offenheit kriminelles Verhalten konsequent unterbunden werden.

Differenzen innerhalb der Bremer Koalition wurden auch gestern deutlich: Die Sozialsenatorin sagte in der Senatspressekonferenz, es sei noch unklar, ob die Jugendeinrichtung später zur JVA im Blockland umziehen könne. Die Gebäude dort seien zum Teil marode, die Prüfung, ob manche Gebäudeteile dennoch geeignet seien, laufe noch. Dem widerspricht die Pressemitteilung zum Senatsbeschluss, die kurz darauf versandt wurde. Dort heißt es, eine langfristig nutzbare Einrichtung auf dem Gelände der ehemaligen JVA im Blockland werde in sechs bis neun Monaten errichtet.

Klar ist: Bremen ringt um den Umgang mit einer kleinen Gruppe von rund 30 jungen Flüchtlingen. Der Senat sieht Bremen insgesamt besonders belastet durch die Zahl der hierher geflohenen Jugendlichen: 2011 kamen rund 50 minderjährige Flüchtlinge nach Bremen, 2014 waren es 500. Innensenator Mäurer betont: „Bremen hat mehr Jugendliche aufgenommen, als die gesamten neuen Bundesländer zusammen.“ Minderjährige müssen dort aufgenommen werden, wo sie sich melden. Böhrnsen fordert eine andere Verteilung der jungen Flüchtlinge auf die Bundesländer, Niedersachsen unterstützt dies. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) betonte gestern: „Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sind konzentriert auf Großstädte.“ Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Landesregierungen von Bremen und Niedersachsen machten beide Länder deutlich, dass sie angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen weiterhin erhebliche finanzielle Unterstützung vom Bund benötigen. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7

Athen wirbt für neuen Kurs

Athen. Die neue griechische Regierung will erstmals vor versammelter EU-Familie in Brüssel ihr Konzept für eine Bewältigung der schweren Schuldenkrise erklären. Finanzminister Giannis Varoufakis muss dabei heute seinen Amtskollegen der Eurogruppe darlegen, wie er den griechischen Schuldenberg abtragen und zugleich im Euroraum bleiben will. Morgen wird der linke Regierungschef Alexis Tsipras an seinem ersten EU-Gipfel teilnehmen. Spekuliert wird, dass dabei ein erster Schritt für einen möglichen Kompromiss mit Athen gemacht werden könnte. Die Bundesregierung forderte die Regierung in Athen zu klaren Aussagen über den weiteren Weg auf. Standpunkt Seite 2

Heftige Gefechte vor Minsker Gipfel

23 Menschen in der Ostukraine getötet / US-Präsident Obama telefoniert mit Kremlchef Putin

Kiew. Einen Tag vor dem geplanten Ukraine-Gipfel hat es im Osten des Landes wieder heftige Gefechte gegeben. Die Regierung in Kiew warf den prorussischen Separatisten gestern einen Angriff mit russischen Raketen auf das Armeehauptquartier in Kramatorsk vor. Insgesamt wurden demnach in den Konfliktregionen 23 Menschen getötet. In Weißrusslands Hauptstadt Minsk bemühten sich Diplomaten und Rebellen, vor den für heute geplanten Friedensverhandlungen Streitfragen auszuräumen.

Mehrere Raketen aus einem russischen Raketenwerfersystem vom Typ Tornado hätten die Kommandozentrale in Kramatorsk getroffen, sagte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko. Nach Armeean-

gaben wurden die Raketen aus Gorliwka abgefeuert. Die Rebellen wiesen die Verantwortung zurück und sprachen von einer „Provokation“. Kiew wirft Moskau seit Monaten vor, die Rebellen mit schweren Waffen zu versorgen. Moskau bestreitet dies.

Unterdessen forderte US-Präsident Barack Obama den Kremlchef Wladimir Putin telefonisch auf, die Chance zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes zu nutzen. Sollte Russland seine „aggressiven Taten“ in der Ukraine fortsetzen, würden Moskaus „Kosten“ dafür steigen. Konkret warf der US-Präsident Putin vor, Truppen, Waffen und finanzielle Mittel in die Ukraine zu senden, um die Separatisten zu unterstützen. Bericht Seite 4



Angriff auf Kramatorsk: Beim Raketenbeschuss starben mehrere Menschen. FOTO: AFP

INHALT	
Familienanzeigen	25
Fernsehen	28
Immobilienmarkt	18
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	27
Veranstaltungsanzeigen	12

BREMEN BSAG versteigert Fundsachen

Bremen. Auktionator Torsten Nissen hatte gestern viel zu tun: Bei der jährlichen Fundsachenauktion der Bremer Straßenbahn AG im Weserpark wurden alle Dinge versteigert, die in den vergangenen Monaten in Bussen und Bahnen liegen geblieben sind und die die Besitzer nicht wieder abgeholt haben. Der WESER-KURIER hat mitgegeben und im Selbstversuch getestet, was man für 100 Euro so alles ersteigern kann. Seite 11

VERMISCHTES Jugendliche trinken weniger

Bremen. Tausende Jugendliche in Deutschland trinken regelmäßig so viel Alkohol, dass sie in der Klinik landen – doch die Zahl sinkt. Vor allem junge Männer schossen sich 2013 weniger oft mit Bier, Schnaps oder Wein ab. Das geht aus einer aktuellen Studie des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden hervor. Auch in Bremen ist die Zahl der jungen Komatrinker im Jahr 2013 im Vergleich zu 2012 deutlich gesunken. Die Zahl der Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung in Krankenhäuser eingeliefert wurden, ist in diesem Zeitraum um gut 19 Prozent zurückgegangen. Damit liegt Bremen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Seite 6

SPORT Wolfsburg wehrt sich

Wolfsburg. „Der Fußball braucht Investments“: Unter anderem mit dieser Aussage rechtfertigt der Aufsichtsrat des Fußball-Bundesligisten VfL Wolfsburg, Stephan Grühsem (Foto), den insgesamt etwa 60 Millionen Euro teuren Transfer von Nationalspieler André Schürrle. Grühsem sagt, dass ihn die Anfeindungen anderer Klubs nerven, hat aber keine Angst, dass sein Klub gegen das Financial Fairplay verstoße. Seite 22

ANZEIGE

Heute in Ihrer Tageszeitung.

Werder-Fans kritisieren Polizei

Bremen (mic). Das Fan-Projekt Bremen, ein Verein, der mit jugendlichen Fußballfans arbeitet, übt massive Kritik an der Polizeistrategie bei Heimspielen von Werder Bremen. Die Polizei trete – wie zuletzt im Spiel gegen Bayer Leverkusen – in nicht mehr nachvollziehbarer Stärke auf, verhalte sich zunehmend aggressiv gegenüber Fans und Zuschauern und Sorge auf diese Weise für eine beängstigende Atmosphäre im Stadion.

Die Polizei weist diese Vorwürfe entschieden zurück. Man halte bei den Einsätzen am Fußballstadion nach wie vor an Deeskalation und Dialog als strategische Ansätze fest. Das starke Polizeiaufgebot im Spiel gegen Leverkusen ginge auf die großen Ängste vor gewalttätigen Auseinandersetzungen zurück, die im Vorfeld der Partie von der Fanbetreuung sowohl aus Bremen als auch aus Leverkusen geäußert worden seien. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7

Der Norden fordert Hilfe für Häfen

Bremen. Nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung von Bremen und Niedersachsen im Rathaus haben die Regierungschefs Jens Böhrnsen und Stephan Weil (beide SPD) gestern erklärt, dass die Zusammenarbeit von Krankenhäusern in der Hansestadt und im Umland verbessert werden solle. Eine entsprechende Planung sei in Arbeit. Hausherr Böhrnsen erinnerte daran, dass jüngst eine Schwangere eine „Odyssee“ hinter sich bringen musste, bis sie von einer Entbindungsklinik aufgenommen wurde: „Das darf nicht passieren.“ Außerdem erwarten beide Landesregierungen eine größere Unterstützung vom Bund für die Häfen und ihre Verkehrsanschlüsse. Sie wollen sich zudem weiter für verlässliche Rahmenbedingungen für die Offshore-Windenergie einsetzen. Man sei sich einig, dass eine Erhöhung der Bundeszuweisungen für die Hafenanlagen der richtige Weg wäre, sagte Böhrnsen. Berichte Seiten 9 und 15

Grüne wollen E-Autos fördern

Bremen (atz). Die Grünen wollen den Carsharing-Markt in Bremen fairer gestalten. Nachdem bekannt geworden ist, dass die Stadt alle öffentlichen Mobilpunkte in und um das Zentrum herum an den Spritauto-Anbieter Cambio vermietet, will Grünen-Landeschef Ralph Saxe die Hürden für Elektroauto-Unternehmen senken. Der Politiker schlägt vor, dass Anbieter von E-Mobilen erst drei Jahre nach der Anmietung von öffentlichen Parkplätzen nachweisen müssen, dass sie eine bestimmte Anzahl privat genutzter Pkw abschaffen. Bislang erfüllt lediglich Cambio die Kriterien des Umweltzeichens „Blauer Engel“. Das Siegel dient der Verkehrsbehörde als Richtmaß für die Vergabe öffentlicher Parkplätze. Weil die Stadt die dominante Markstellung von Cambio durch die einseitige Stellplatzvergabe gefördert habe, wirft die CDU dem Senat Wirtschaftsfreundlichkeit vor. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 9

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
7°	2°	60%

Meist Hochnebel
Ein kräftiges Hoch bringt West-, Mittel- und Osteuropa ruhiges und teils freundliches, teils neblig-trübes Winterwetter.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter: www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell